

Württembergische Revolutionstage

Von Heinrich Cunow

Die Revolutionstage des Novembermonats 1918 und die ihnen alsbald in verschiedenen deutschen Gegenden folgenden blutigen Kämpfe zwischen den sozialistischen und kommunistischen Parteirichtungen haben in unseren Reihen eine beträchtliche Anzahl von Büchern und Broschüren hervorgerufen, in denen an den lokalen Kämpfen hervorragend Beteiligte ihre Beobachtungen, Erfahrungen und Eindrücke schildern. Für das Eindringen in die sozialistische Parteipsyche, wie sie sich in den einzelnen Landesteilen Deutschlands vor dem Kriege, besonders aber während des Krieges unter dem Einfluß der Kriegspsychose gestaltet hatte, vornehmlich aber für die Beurteilung der in unserer Partei wie auch in den unabhängig sozialistischen und kommunistischen Gruppen zur Zeit des Revolutionsausbruchs herrschenden Illusionen und Erwartungen haben diese Schriften größtenteils eine hohe sozialgeschichtliche Bedeutung. Wer einst in späteren Zeiten eine Geschichte der geistigen Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie oder der in den Jahren 1918/20 in den sogenannten unteren Volksschichten zum Durchbruch gelangenden politischen Strömungen zu schreiben unternimmt, kann an diesen Schriften nicht achsellos vorbeigehen. Aber als eigentlich politische Geschichtsquellen haben sie mit einigen Ausnahmen nur geringen Wert, nicht nur, weil die Verfasser oft lediglich ein sehr eingegrenztes lokalpolitisches Gebiet in den Kreis ihrer Betrachtung ziehen und nicht genügend berücksichtigen, daß dieses Gebiet nur einen Teilausschnitt aus dem Gesamtbild der Revolutionsbewegung darstellt, sondern noch mehr, weil sie sich nicht darauf beschränken, wahrheitsgetreu das zu schildern, was sie gesehen und erlebt haben und diesem Erlebten die nötigen Dokumente hinzuzufügen. Meist wollen sie zugleich propagandistisch wirken, und dieses Bestreben veranlaßt sie, Einzelerfahrungen in breitester Weise zu verallgemeinern, unliebsame Ereignisse zu übergehen oder zu beschönigen und sich in lange spitze Polemiken gegen irgendwelche ihrer Auffassung entgegensehende Ansichten einzulassen, nicht selten sogar in rein theoretische Streitfragen, die mit den betreffenden Vorgängen nichts zu tun haben. Daß dadurch ihre Schilderungen jedem kritischen Historiker von vornherein als Ausflüsse einer tendenziösen Parteihistorik verdächtig erscheinen müssen, ist manchen Verfassern solcher Revolutionschilderungen allem Anschein nach bei der Niederschrift ihrer Erlebnisse gar nicht zum Bewußtsein gekommen. Stehen die meisten dieser Schilderungen auch, historisch betrachtet, höher als die jüngst von Eugen Prager veröffentlichte tendenziös-verschrobene «Geschichte der U. S. P. D.», die auf jedem Blatt beweist, daß ihr Verfasser zum Historiker ungefähr soviel taugt wie der Esel zum Lauteschlagen, so leiden sie doch größtenteils an demselben Grundfehler: an einer einseitig-parteiisch-agitatorischen Einstellung.

Zu den wenigen Schriften, die von einer höheren historischen Sinne die Ereignisse der vergangenen Revolutionsjahre betrachten, gehört die jüngst vom Genossen Wilhelm Bloß veröffentlichte Schrift »Von der Monarchie zum Volksstaat.«¹ Auch Bloß bietet nicht eine zusammen-

¹ Wilhelm Bloß, Von der Monarchie zum Volksstaat. Zur Geschichte der Revolution in Deutschland, insbesondere in Württemberg. Stuttgart 1922, Verlag von Bergers Literarischem Bureau und Verlagsanstalt. 111 Seiten.

fassende Geschichte der revolutionären Novembertage und ihre Folgen in den verschiedenen Teilen Deutschlands, selbst die wichtigen Vorgänge am 9. und 10. November 1918 in Berlin und der Sturz der Reichsregierung bleiben unberücksichtigt. Seine Darstellung beschränkt sich im wesentlichen auf die Schilderung der Ereignisse, die sich am 9. November in Stuttgart abgespielt haben, der Einsetzung einer provisorischen Regierung in Württemberg und der von ihr aufgenommenen Arbeiten sowie des Stuttgarter kommunistischen Januarputsches; aber was Bloß als Darsteller jener Begebenheiten vor vielen anderen Schilderern der Novemberrevolutionstage auszeichnet, ist sein historischer Sinn, der ihn die einzelnen Tatsachen in ihrer historischen Bedingtheit und ihrem inneren ursächlichen Zusammenhang erkennen läßt und ihn vor phantastischen Hoffungs träumen bewahrt. Seine Einstellung zu den sich vor seinen Augen abspielenden Vorgängen ist von vornherein eine kritische. Er betrachtet die Vorkommnisse in ihrer Verknüpfung als bedingte Einzelercheinungen in einem längeren Entwicklungsverlauf. Dazu kommt, daß ihm, dem sozialistischen Geschichtsschreiber der großen Französischen Revolution und der deutschen Revolution der Jahre 1848/49, so manche Abweichungen und Ähnlichkeiten zwischen den früheren und den neuesten revolutionären Erscheinungen weit mehr auffallen mußten als Autoren, die nur die allgemeinen Umrisse jener früheren Revolutionsbewegungen kennen, und daß er ferner infolge seiner schon am 9. November erfolgten Wahl zum Vorsitzenden der provisorischen Regierung Gelegenheit fand, tiefer als andere in den Regierungsapparat hineinzublicken.

So ist das neueste Bloßsche Werk zu einer Gedenkschrift selbsterlebter Revolutionsereignisse geworden, zu einer Darstellung, die in kurzen, scharfen Strichen eine ungeschminkte und unrefuschierte Überschau über den Verlauf der Revolution in Württemberg bietet, vom 9. November 1918 an bis zur Eröffnung der neuerwählten Landesversammlung am 23. Januar 1919. Durchweg faßt Bloß seine Aufgabe lediglich als die eines historischen Berichterstatters auf, der möglichst wahrheitsgetreu zu referieren hat. Von eifigen Selbstglorifizierungen, wie man sie oft in ähnlichen Aufzeichnungen findet, hält er sich frei. Zwar nimmt er mehrfach Anlaß, die gegen ihn und seine ministeriellen Mitarbeiter erhobenen Anschuldigungen zurückzuweisen, aber nirgends steigert sich die Abweisung zu einer Art offener oder versteckter Selbstbeweihräucherung. Meist läßt Bloß einfach die Tatsachen sprechen.

Das besagt nicht, daß er sich der Kritik enthält. Die ebenso perfide als lächerliche Rolle, die in der am 9. November eingesezten provisorischen Regierung Württembergs einige unabhängige und kommunistische Führer gespielt haben, wird scharf kritisiert. Besonders kommt Crispian, der jetzige Vorsitzende der Unabhängig-Sozialdemokratischen Partei und einstmalige Lieblingschüler Rosa Luxemburgs, in der Bloßschen Darstellung schlecht weg. Wie in dem Rat der Volksbeauftragten in Berlin alsbald die heftigsten inneren Streitigkeiten ausbrachen, die die dringendsten Verfügungen und Reformen hemmten und hinderten, so auch in der neu entstandenen provisorischen Regierung Württembergs. Zunächst hatte am 9. November 1918 Crispian dem Genossen Bloß selbst zugeredet, daß ihm angebotene Amt eines Vorsitzenden der provisorischen Regierung zu übernehmen; er hatte auch selbstbewußt in dem neuen Ministerium den wichtigen Posten eines Ministers des Innern übernommen und ohne weiteres die von der neuen

Regierung erlassene Proklamation unterschrieben, in der es heißt: »Die Regierung ist provisorisch und betrachtet es als ihre erste Aufgabe, eine konstituierende Landesversammlung auf Grund der in unserem Programm bekanntgegebenen Wahlrechtsforderungen vorzubereiten.

Auch als dann in der Nacht zum 10. November der Spartakist Thalheimer, der, obgleich zum Finanzminister erwählt, hinter dem Rücken seiner ministeriellen Kollegen eine Konspirationsaktion gegen die neue Regierung unternahm, aus dem neuen Ministerium ausgeschifft und nun auf Befürwortung von Bloß, Lindemann, Keil und Mattutat eine sogenannte Erweiterung der Regierungsgrundlage durch Eintritt von je einem Mitglied der Demokratischen, Zentrums- und Nationalliberalen Partei beschlossen wurde, hatte Crispian dagegen nichts einzuwenden, er schloß sich vielmehr der Erweiterungsforderung der sozialdemokratischen Minister an. Als Crispian dann aber von seinen Parteifreunden wegen seiner Haltung angegriffen und in seiner Parteigruppe die Forderung der sogenannten »Diktatur des Proletariats« die Oberhand gewann, schlug seine Ansicht um. Nun verkündete auch er, daß die parlamentarische Demokratie durch die Diktatur der Arbeiter- und Soldatenräte ersetzt werden müsse. Zugleich mit Crispian begann der neue Kriegsminister der provisorischen Regierung, der Unabhängige Schreiner, sich zu mausern und kommunistische Prinzipien in seinem Kopf zu entdecken.

Bald stießen im Ministerium die verschiedenen Parteianschauungen aufeinander, während zugleich die Spartakisten unter Führung von Thalheimer, Hörnle und Rück die Arbeiter- und Soldatenräte für ihre Zwecke zu gewinnen suchten. Die Schilderung der einzelnen Phasen dieses inneren Kampfes und der von der provisorischen Regierung ergriffenen Abwehrmaßnahmen würde hier zu weit führen; erwähnt sei nur, daß der Kriegsminister Schreiner aus der Regierung austrat und sich den Spartakisten anschloß, während Crispian im Ministerium blieb, aber sich wenig um sein Amt kümmerte, sondern im Lande herumreiste und gegen die Einberufung einer verfassunggebenden Landesversammlung und für die Errichtung einer proletarischen Diktatur agitirte.

Die Gegensätze verschärften sich, und am 9. Januar 1919 kam der von den Spartakisten vorbereitete Putsch endlich zum Ausbruch unter Führung der Spartakisten beziehungsweise Kommunisten Hörnle, Rück, Münzenberg, Barthel, Schreiner, unterstützt von Crispian sowie dem neuen Kriegsminister Fischer, einem früheren Vizefeldwebel. Das Ministerium flüchtete in das neue unfertige Bahnhofgebäude, wo sich das Hauptquartier der von dem früheren Leutnant Hahn organisierten Sicherheitsstruppen befand. Doch dauerte die Gefangenschaft im Bahnhofsturm nicht lange. Schon am 10. Januar gelang es den Sicherheitsstruppen, den größten Teil der aufständischen ohne Blutbergießen zu entwaffnen; die in Stuttgart liegenden Regimenter 119 und 125 erklärten sich für die provisorische Regierung, und die beiden unabhängig-sozialdemokratischen Minister Crispian und Fischer wurden entlassen. Beide erließen darauf, damit der Putsch nicht ohne komischen Schluß bleibe — eine kuriose Proklamation, in der es heißt:

Die Unterzeichneten haben heute dem Landesausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte nachfolgende Erklärung überreicht: Die Provisorische Regierung Würt-

tembergs hat sich durch die Ausschaltung der beiden Minister Crispian und Fischer seit dem 9. Januar 1919 als Rumpfregierung etabliert, damit hat die Mehrheit der Regierung es uns unmöglich gemacht, unsere Mandate ferner auszuüben. Wir legen unsere Mandate in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte zurück und erwarten von ihnen, daß sie sich unverzüglich mit der Reorganisation der Regierung befassen.

Damit war der Putschversuch der Spartakisten und Unabhängigen erledigt. Am 12. Januar 1919 konnten ohne nennenswerte Störung die allgemeinen Wahlen zur konstituierenden Landesversammlung vor sich gehen und am 23. Januar 1919 deren Eröffnung stattfinden. Die Wahlen trugen der mehrheitssozialistischen Partei 52, der Demokratischen Partei 38, dem Zentrum 31 Mandate ein — der unabhängig-sozialdemokratischen Partei hingegen nur 4 Mandate.

Mit der Feststellung dieses Wahlergebnisses und des Resultats der württembergischen Wahlen zur Weimarer konstituierenden Nationalversammlung endet der historische Bericht des Genossen Bloß. In einem zweiten anschließenden Teil will er die Zeit vom Zusammentritt der verfassunggebenden Landesversammlung Württembergs bis zum Rücktritt der sozialistischen Minister im Juni 1920 behandeln.

In der Bloßschen Darstellung treten die einzelnen Episoden dieses Kampfes der Sozialdemokratie mit den Machenschaften der unabhängigen und kommunistischen Gruppen scharf hervor. Neben den ernsten Episoden fehlte es aber auch nicht an heiteren, ja geradezu hochkomischen Zwischenspielen. Recht ergötzlich ist zum Beispiel, was Bloß über das Streben des bekannten Theodor und Anthroposophen Dr. Rudolf Steiner erzählt, Mitglied der württembergischen Regierung zu werden. Herr Steiner empfahl sich nicht nur selbst in einer vom Arbeiterrat auf seine Veranlassung einberufenen Volksversammlung als Ministerkandidaten, er ließ auch in einigen Stuttgarter Versammlungen von seinen Anhängern einen Beschluß fassen, daß er in das württembergische Ministerium aufgenommen werden müsse. Außerdem kamen Abgesandte zu Bloß, die zum Wohle des Landes Württemberg Steiners sofortige Aufnahme in die Regierung mit der überzeugenden Begründung forderten, er sei der bedeutendste Mann Europas und kenne die Geheimnisse aller Landesregierungen.

Bloß vermochte sich jedoch, wie er sagt, trotz solcher Empfehlungen nicht zu überzeugen, daß Herr Steiner durchaus für das württembergische Ministerium nötig sei. Er entgegnete daher, daß ihm Steiners staatsmännische Befähigung nicht genügend bekannt sei und er, wenn er etwas über die Geheimnisse fremder Regierungen erfahren wolle, sich lieber an die Archive in Württemberg halte. Die Folge der Antwort war, daß die Verehrer Steiners verschnupft abzogen.

Luftig ist auch, was Bloß über Eisners, des bayerischen Ministerpräsidenten kuriose Amtsführung berichtet. Unter den beim kommunistischen Putsch verhafteten Krakeelern befanden sich auch einige Russen, Als einer derselben, Arelrod (nicht zu verwechseln mit dem bekannten Führer der Menschewiki), Bloß vorgeführt wurde, verfiel er in einen Wutkrampf. »Erschießen Sie mich, erhängen Sie mich!« schrie er, »wir sind in Ihrer Gewalt!« Bloß lachte ihn aus und sagte: »Lassen Sie diese alberne Komödie. Sie wissen recht gut, daß wir keine Bolschewisten sind. Sie werden Württemberg verlassen; hüten

Sie sich aber, wiederzukommen!» Axelrod wurde mit zwei anderen Russen unter Bedeckung nach München abgeschoben. Darauf meldete Eisner, daß er die Leute in einem Sanatorium untergebracht habe. Das lautete an sich ganz gut; nur scheint es ein merkwürdiges Sanatorium gewesen zu sein, denn direkt von dort wurde Axelrod in die Finanzverwaltung der Münchener Räterepublik berufen, wo er bekanntlich allerlei sonderbare terroristische Finanzexperimente ausführte.

Hoffentlich läßt uns Bloß nicht zu lange auf die Fortsetzung der Schilderung seiner Erlebnisse als württembergischer Staatspräsident warten. Sicherlich wird er sich durch seine ungeschminkte, alle Phrasen und aufgeregte Kulturschwärmereien vermeidende Darstellung manche Angriffe zuziehen; aber nur derartige historische Berichte wie der seinige, die sich streng an die Tatsachen halten und die Wiedergabe phantastischer Gerüchte verwerfen, haben wirklichen Geschichtswert.

Das Grundproblem der Genossenschaftstheorie und seine Lösung

Von Professor Dr. Hans Müller

(Schluß)

II

Im Verlauf des Kampfes der im vorigen Artikel aufgewiesenen Besitz- und Arbeitsinteressen um ihre soziale und politische Geltung bilden die sie vertretenden Volksklassen die mannigfachsten Organisationen zum Zweck ihrer Wahrnehmung aus. Im allgemeinen sind die Organisationen, die den Interessen der Besitzenden zu dienen bezwecken, zahlreicher und machtvoller; diejenigen, mit denen Arbeitsinteressen verfolgt werden sollen, lassen sich nicht einmal in allen Perioden der Geschichte der Gesellschaft und des Staates nachweisen und vor allem nicht in der Sphäre des Wirtschaftslebens, wo die arbeitenden und meist zugleich besitzlosen Volksklassen es besonders schwer haben, ihre Interessen gegenüber denen der Besitzenden zur Geltung zu bringen. Wo immer aber eine Anzahl Personen oder gar breitere Schichten der arbeitenden Bevölkerung sich daran machen, ihre wirtschaftlichen Interessen zu organisieren und sich unabhängig von der ökonomischen Herrschaft der Besitzenden zu machen, da sehen wir allemal Gebilde entstehen, die den heutigen Genossenschaften in ihrem Wesen außerordentlich ähnlich sind. Sie sind sämtlich Organisationen, deren Teilnehmer durch ihr gemeinsames Arbeitsinteresse zusammengeführt werden und die bezwecken, dies Interesse zum Prinzip ihres gemeinsamen wirtschaftlichen Handelns und Verhaltens zu machen. Auch die Entstehungsgeschichte des modernen, in der Gegenwart zu so großer Verbreitung und Blüte gelangten Genossenschaftswesens liefert den unwiderleglichen Beweis dafür, daß es stets Arbeitsinteressen, das heißt Interessen von Menschen, deren Existenz sich auf ihre Arbeit gründete, waren, welche sich in den ersten Genossenschaften verkörperten. Letztere sollten dazu dienen, deren Mitglieder aus der Abhängigkeit von irgendwelchen Unternehmern, Fabrikanten, Händlern, Bankiers usw. zu befreien, ihnen ein größeres Einkommen oder einen höheren ökonomischen Nutzen aus ihrer gesellschaftlichen Arbeitsleistung zu verschaffen und damit ihre Existenz erträglicher und sicherer zu gestalten. Es gibt keine Genossenschaftsart, bei deren Entstehung sich nicht dies Arbeitsinteresse nachweisen ließe.